

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Eidlung und Kleinanzeigen' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einpolige Annoncezeile 70 Pfennig, Reklamezeile 4 Reichsmark.

Abbestellen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Tönhoff 292-295
Verlag: Tönhoff 2500-2507

Sonnabend, den 11. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Geschäftsführer: Berlin 37536 - Hauptkonto: Direktion
der Zeitungsgesellschaft, Teplitzstraße 3

Herriot im Senat gestürzt. Die Demission überreicht und angenommen.

Paris, 10. April, 9 Uhr abends. (CP.) Das Kabinett Herriot ist heute im Senat zu Fall gebracht worden. Es lagen zwei Resolutionen vor, eine von Bienvenu-Martin, die der Regierung das Vertrauen des Senats aussprach, und eine von Chéron im Namen der Opposition, die die Finanzpolitik der Regierung tadelt.

Paris, 10. April, 9.45 Uhr. (CP.) Die Abstimmung über den Antrag Chéron im Senat ergab das gleiche Ergebnis wie die Abstimmung über den Antrag Bienvenu-Martin: er wurde mit 156 gegen 132 Stimmen angenommen. Herriot hat demzufolge demissioniert.

Paris, 10. April. (WIB.) Der Präsident der Republik hat die Demission des Kabinetts Herriot angenommen.

Nach kaum zehnmonatiger Regierungsdauer ist also das erste linksgerichtete Kabinett der Nachkriegszeit gestürzt worden. Und zwar hat es seine Niederlage in einer Körperschaft erlitten, die im Gegensatz zur Deputiertenkammer nicht als der Willensausdruck des Volkes gelten kann, die aber befugt ist, ebenso wie die eigentliche Volksvertretung über die jeweilige Regierung ein Urteil zu fällen.

Seit den Neuwahlen vom 4. Mai 1924 und seit der darauffolgenden Bildung der Linksregierung Herriot befindet sich der Senat in einem ständigen, mehr oder minder offen auftretenden Gegensatz zur neuen Kammermehrheit. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß der Senat, der in indirektem Verfahren alle drei Jahre zu einem Drittel neu gewählt wird, in seiner Mehrheit in der Blütezeit des Nationalen Blocks zu Stande gekommen ist. Er bildet infolgedessen angesichts der im vorigen Jahre eingetretenen Stimmungsänderung des Volkes einen politischen Anachronismus.

Die Senatoren setzten sich zur Wehr und brachten der neuen Kammermehrheit eine Schlappe nach der anderen bei. Es hat nur an zehn Stimmen gelegen und der wichtige Vorstoß der Kammer gegen den am Amte klebenden Präsidenten Millerand wäre an einem Einspruch des Senats gescheitert. Mit 154 gegen 144 Stimmen lehnte am 10. Juni der Senat es ab, sich schühend vor Millerand zu stellen und seinetwegen mit der irisch gewählten Deputiertenkammer einen Verfassungstempel auf Tod und Leben auszusetzen.

Es kommt nun hinzu, daß die eigentlichen führenden Köpfe des nationalen Blocks nicht in der Kammer, sondern

im Senat zu finden sind. Vor allem Poincaré, der seit mehr als zwei Jahrzehnten Senator ist und auf seine Kollegen einen großen Einfluß ausübt. Seit dem letzten Sonntag ist nun auch der andere, ja der eigentliche Führer der Opposition, Millerand, Mitglied des Senats. Sein Erscheinen in dieser Körperschaft hat zweifellos dazu beigetragen, die Kampfeslust der Senatsmehrheit gegen die Regierung Herriot zu steigern und die gefruchte Entscheidung herbeizuführen.

Herriot ist nun über eine Finanzdebatte gestürzt, nachdem ihm tags zuvor die Deputiertenkammer mit zwar nicht überwältigender, aber immerhin sicherer Mehrheit ihr Vertrauen gerade hinsichtlich der Finanzpolitik bezeugt hatte. Damit ist also ein Konflikt nicht nur zwischen der Regierung und dem Senat, sondern zwischen dem Senat und der Kammer gegeben. Die Kammer könnte theoretisch darauf bestehen, daß Herriot mit der Regierungsbildung abermals betraut werde und ihm wiederum das Vertrauen aussprechen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß die Regierungskrise eine solche Lösung finden wird, die ungemaine Anforderungen an die Nerven nicht nur beider Parlamente, sondern sogar des ganzen Volkes stellen würde.

Allerdings ist die Lösung dieser Krise ungemein schwierig. Mit ihren 105 Stimmen können die Sozialisten einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Regierungsbildung ausüben. Ohne ihre Unterstützung ist keine Linksregierung lebensfähig. Treten sie aber in die Opposition, dann dürfte sich ein wesentlicher Teil der Radikalsozialisten (Partei Herriots) und der Sozialistisch-Republikaner (Partei Painlevés) mit ihnen solidarisch erklären. Dann aber müßte die Basis der neuen Regierung so sehr nach rechts erweitert werden, daß sie schließlich nichts anderes wäre als eine gemilderte Neuauflage der früheren Kabinette des Nationalen Blocks.

Wenn überhaupt eine Lösung möglich ist, so kann sie demnach weniger durch eine Aenderung der Politik, als durch eine Aenderung der leitenden Köpfe erreicht werden. Briand und Loucheur kommen für einen solchen Versuch am ehesten in Frage, aber alles hängt davon ab, ob sie sich die Unterstützung der Sozialisten oder wenigstens deren Neutralität werden sichern können. Eine Rückkehr Poincarés oder gar Millerands ans Ruder erscheint gegenwärtig als ausgeschlossen, da die Linke in der Kammer ihnen nach wie vor mit unerbittlicher Feindschaft gegenübersteht.

Wir sagen ausdrücklich, daß uns eine Wiederkehr Poincarés oder Millerands gegenwärtig undenkbar erscheint. Indessen gäbe es wohl ein Mittel, sie schon in den nächsten Wochen wieder an der Macht zu sehen. Dieses Mittel wäre die Wahl Hindenburgs zum deutschen Reichspräsidenten am 26. April. Wenn sich in Deutschland genügend Dummköpfe fänden, um den Mann zum Reichsoberhaupt zu machen, der nicht nur in Frankreich, sondern in der ganzen Welt als die Verkörperung des deutschen Militarismus, der Revanche- und Restaurationsträume der deutschen Reaktion gilt, dann würde mit elementarer Wucht in Frankreich eine Welle nationaler Leidenschaft entstehen, die die friedensfreundlichen Elemente fortzuschwemmen würde. Dann würde es allgemein heißen: 'Das deutsche Volk hat deutlich bekundet, daß es den Krieg will und sich auf ihn vorbereitet - jetzt müssen wir wieder den Männern die Führung geben, die das stets vorausgesehen hatten, während Herriot, Painlevé und die Sozialisten an den Sieg der deutschen Demokratie geglaubt hatten.'

Das Weitere würde sich von selbst entwickeln - schneller vielleicht als es manchem Bevürworter der Wahl Hindenburgs lieb wäre.

Es ist leider unbestreitbar, daß es mit der Regierung Herriot seit dem Herbst deshalb langsam bergab gegangen ist, weil sie in ihren außenpolitischen Absichten durch zwei Tatsachen gehemmt wurde. Die eine Tatsache war der Sturz der Arbeiterregierung MacDonald und ihre Ersetzung durch ein konservatives Kabinett, die andere Tatsache, die für die öffentliche Meinung Frankreichs weitaus

wichtiger war, lag in der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands.

Es war das Verhängnis Herriots, daß er mit seiner Mehrheit gerade in einem Augenblick ans Ruder kam, in dem in Deutschland die Reaktion soeben ihren stärksten Triumph errungen hatte. Trotzdem bemühte er sich mit einer Ehrlichkeit, die sogar Stresemann wiederholt ausdrücklich anerkannte, eine Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen durch Zugeständnisse aller Art herbeizuführen, die von einem Poincaré niemals gemacht worden wären. Auf deutscher Seite hat man es leider nicht verstanden, das Gottesgeschick des französischen Linksviegs vom 11. Mai auszunutzen. Dafür gab es nur einen Weg, den Weg der Konzentration aller republikanischen Kräfte und der Befolgung einer auswärtigen Politik, die ebenso aufrichtig gewesen wäre wie die Herriots. Statt dessen hat Stresemann auf eine Erweiterung der Regierung nach rechts konsequent hingearbeitet und darunter mußte nicht zuletzt die Aufrichtigkeit seiner Außenpolitik leiden, und die weitere Rückwirkung war eine zunehmende Schwächung der Position Herriots.

Sicherlich war der französische Ministerpräsident nicht der Inbegriff aller Tugenden, er war oft schwach, allzu leicht durch böse Ratgeber beeinflusbar, aber alles in allem verdient sein Wirken in den zehn Monaten seiner Regierungszeit die Anerkennung aller Demokraten und Friedensfreunde Europas.

Einigkeit im Linksblock.

Kein Regierungswechsel bis zum 4. Mai?

Paris, 11. April, 1 Uhr morgens. (Eigener Drahtbericht.) Die Parteien des Linksblocks sind zusammengesessen und es verlautet, daß sie beschloßen haben, fest zu bleiben und zusammenzuhalten. Eine Lösung ist im Augenblick kaum zu erkennen. Sie wäre wohl durch die Vertrauensvotum Painlevés möglich, doch ist es unwahrscheinlich, daß er seinen Posten als Präsident der Kammer gegen eine so unsichere Aufgabe eintauscht.

Man hält es daher für denkbar, daß in den kommenden Wochen überhaupt keine Lösung gefunden wird, sondern daß Herriot die Geschäfte provisorisch weiterführt bis zum 4. Mai, d. h. bis zu den Gemeindevahlen, die auch für die Zusammenfassung des föhigen Senatsdrittels maßgebend sind. Siegt an diesem Tage die Linke, dann wäre eine neue Vertrauensvotum Herriots durchaus möglich.

Der Verlauf der Senatsitzung.

Herriot hatte in seiner Kammerrede am Donnerstag die früheren Regierungen für die Verschlechterung der Staatsfinanzen verantwortlich gemacht. Dagegen richtete sich eine Interpellation des Poincaréschen Finanzministers Marsal im Senat. Herriot erklärte sich ungeachtet des Vertrauensvotums der Kammer zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Der ehemalige Finanzminister Marsal griff auf ein von der Presse der Linken veröffentlichtes Dokument zurück, wonach er vertraulich dem Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats Kenntnis von Finanzoperationen im April 1924 gegeben habe. Damals habe es sich darum gehandelt, den Angriffen gegen den Franken zu begegnen, die vom Ausland ausgegangen seien. Marsal gibt zu, daß bei den Vorschüssen der Notenbank wiederholt die Praxis geübt wurde, den gesetzlichen Rahmen zu überschreiten, was später je nach Möglichkeit wieder ausgeglichen wurde. Solange der Notenumlauf die gesetzliche Höhe nicht überschritten habe, könne die Bank von Frankreich Geschäftswerte diskontieren, und zwar über die Höhe der vorgeschriebenen Vorschüsse hinaus. Das sei auch 1924 geschehen. Der Notenumlauf sei 1924 niemals höher gewesen als 41 Milliarden. Plötzlich, 1925, sei der Umlauf stärker geworden, aber niemals sei die Grenze von 41 Milliarden überschritten worden. Marsal erörtert auch die Kursoperationen, die 1925 den Franken stützen sollten. Nach seiner Ansicht ist alles auf die Vertrauenskrise zurückzuführen. Diejenigen, die die Politik der gegenwärtigen Regierung unterstützen, seien die Urheber dieser Krise. Es sei auch

früher, wer eigentlich regiere.

Die Regierung sei vom Gouverneur der Bank von Frankreich wiederholt gewarnt worden.

Ministerpräsident Herriot

erklärt, er glaube, es wäre besser für das Land gewesen, wenn heute diese Erörterung nicht eröffnet worden wäre. Am 2. April habe Marsal im Senat erklärt, man werde das Uebel nicht beseitigen, wenn man die Ursache nicht beseitige. Die Ursache sei er - Herriot -! Man habe ihm also den Krieg erklärt. Es handele sich nicht darum,





